

Dr. Stephan Pernkopf  
LH-Stellvertreter

**Landtag von Niederösterreich**  
Landtagsdirektion  
Eing.: 23.09.2024  
Zu Ltg.-**506/XX-2024**



Herrn Präsident  
des NÖ Landtages  
Mag. Karl Wilfing  
  
im Hause

St. Pölten, am 23. September 2024

NÖ-LT-A-122/203-2024

Sehr geehrter Herr Präsident!

Zur Anfrage der Abgeordneten Mag.a Suchan-Mayr betreffend Fortschritte und Herausforderungen im NÖ Klima- und Energieprogramm 2030, zu Zahl Ltg.- 506/XX-2024, darf ich folgende Beantwortung, sofern mein Zuständigkeitsbereich betroffen ist und dies dem Anfragerecht unterliegt, übermitteln:

Das NÖ Klima- und Energieprogramm in der laufenden ersten Maßnahmenperiode 2021 bis 2025 (KEP 2030/1) beinhaltet 353 Maßnahmen, wobei 308 Maßnahmen in der Zuständigkeit des Landes Niederösterreich liegen, die restlichen Maßnahmen sind Forderungen an den Bund, die wichtige Voraussetzungen für die Umsetzbarkeit der Landesmaßnahmen darstellen. Von diesen 308 Maßnahmen waren zum Zeitpunkt der Statusabfrage 80% bereits umgesetzt bzw. findet eine laufende Umsetzung statt.

Die zuständige Abteilung Umwelt- und Energiewirtschaft (RU3) hat Mitte 2024 mit Vorarbeiten für die Entwicklung der zweiten Programmperiode 2026-2030 (KEP 2030/2) begonnen. Dazu wird der bestehende Maßnahmenkatalog evaluiert und nötige Anpassungen geprüft. Streichungen und Verschiebungen in die zweite Maßnahmenperiode sind zu dokumentieren und fachlich zu begründen. Die Ergebnisse dieses Prozesses können nicht vorweggenommen werden.



Das letztverfügbare Berichtsjahr 2022 der Bundesländer-Luftschadstoff-Inventur zeigt einen Rückgang der Emissionen für Sektoren außerhalb des Emissionshandels (Non-ETS) von 20% zwischen 2005 und 2022. Damit liegt Niederösterreich auf Zielpfad.

Mehr als die Hälfte der heimischen Windkraft und ein Viertel des PV-Stromes werden in Niederösterreich erzeugt, damit ist Niederösterreich gemäß der letztverfügbaren Energiebilanz das führende Bundesland. Seit 2022 wurde zudem das sektorale Raumordnungsprogramm für die Windkraft novelliert und Hürden für die Errichtung von PV-Anlagen abgebaut.

Klimaschutz ist eine Querschnittsmaterie, die bundesweit abgestimmt werden muss. Ein Klimaschutzgesetz auf Bundesebene fehlt dafür. Mit dem NÖ Klima- und Energieprogramm nimmt das Land Niederösterreich im Rahmen seiner Kompetenzen die Verantwortung im Klimaschutz wahr.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Stephan Pernkopf eh.